

Das staatliche Schuldenmikado

Ein Beitrag zur volkswirtschaftlichen Doktrin von Stephan Schulmeister

Der Obgenannte ist als Apologet der Nützlichkeit staatlicher Verschuldung weithin bekannt und hat viele Jünger. Man liest allerdings wenig oder gar keinen Kommentar zu seinen Thesen. Diesem sei nachstehend abgeholfen – so sachlich und konstruktiv wie irgend möglich.

Ich verstehe den Kern der Schulmeister 'schen Doktrin so:

1. Ein Staat ist keine Firma.
2. Staatliches Schuldenmachen ist ein hochwichtiger Schlüssel zum gedeihlichen Fortschritt eines Staatswesens
3. Die Summe der staatlichen Schulden entspricht der Summe der damit geschaffenen Werte und kann praktische beliebig vergrößert werden.

Daher gälten grundlegende Regeln für die Führung einer ökonomischen Entität für einen Staat nicht.

Da nichts Wichtiges in einer Gesellschaft unkommentiert bleiben sollte, nachstehend meine Kommentare...

...als langjähriger CEO von großen Kapitalgesellschaften, jahrzehntelanger Verwaltungsrat in einem Schweizer Investmenthaus, Leiter von großen internationalen Projekten im Rahmen eines Think Tanks und einfacher Mitdenker.

Mein Zugang

1. Es gibt etliche Nobelpreisträger, die dem staatlichen Schuldenmachen, folgend Keynes, das Wort reden, und solche, die genau das Gegenteil vertreten (s. Anhang). Es wird die Debatte daher nicht beenden, wenn Herr Schulmeister oder ich an ihr kontrovers teilnehmen.
2. Je mehr man bei einer komplexen Problematik ins Detail geht, desto größer ist das Risiko, das große Ganze aus dem Auge zu verlieren. Man trachte daher danach, im Zuge der Betrachtung des verworrenen feinen Wurzelwerks einer Sachlage die Kraft aufzubringen, die Augen wieder auf deren Stamm und Hauptäste zu richten.
3. Daraus ergibt sich **eine** Kernfrage: Ist staatliche Verschuldung grundsätzlich förderlich, schädlich, oder aber gibt es dabei Grenzen und Fallstricke, denen Beachtung zu schenken ist?

Warum und wie macht man Schulden?

Weil man zu wenig Eigenkapital zur Verfügung hat und hofft, mit zukünftigen Einkünften (und Erträgen aus dem anzuschaffenden Gut) Kapital und Zinsen zurückzuerstatten. Macht man Schulden bei einer Bank, so wird der allergrößte Teil dieses Kapitals „erschaffen“ – es war vorher nicht da, wurde „geschöpft“ⁱ.

Borgt man das Geld bei einem Privaten (z. B. Investor, oder Anleihezeichner) so wird es von einem Konto auf das andere übertragen – Soll steht Haben gegenüber. Immer aber fallen Zinsen an – die Miete für das geborgte Geld. Woher aber kommt das Geld, das für die fälligen Zinsen gebraucht wird?

Es existiert vorerst nicht. Insbesondere bei langfristigen Krediten (Hypothesen, Staatsanleihen etc.) macht die Zinssumme oft mehr als das Grundkapital aus. Um dieses ständig wachsende Loch zu stopfen, müssen andauernd neue Schulden eingegangen oder Werte durch Insolvenzen oder Zusammenbrüche ganzer Teile der Wirtschaft vernichtet werden – wie es im Herbst 2008 in nie da gewesenem Ausmaß der Fall war.

ⁱGeldschöpfung. <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/geldsch%C3%B6pfung/geldsch%C3%B6pfung.htm>

Dieser Sachverhalt ist eine systemimmanente Komponente unserer Geldwirtschaft, nicht nur jener des Kapitalismus. In den so genannten sozialistischen Staaten gab und gibt es das Prinzip des Zinses und die damit verbundenen treibenden Kräfte ebenfalls.

Wann werden Schulden getilgt – und wann nicht?

Geht die Rechnung eines Kreditnehmers auf, so werden seine Einkünfte ausreichen, um Kapital und Zinsen im vereinbarten Zeitraum zurückzuzahlen. Im Falle eines Unternehmens stammt die Refinanzierung in der Regel aus den Gewinnen des erworbenen Gutes.

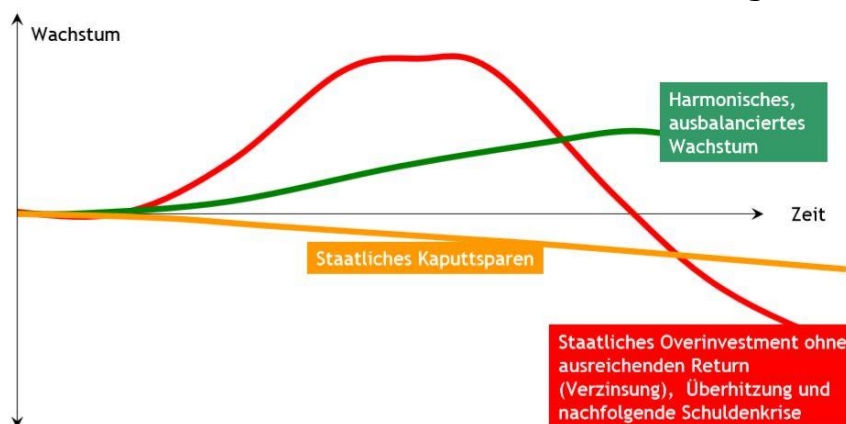
Oft reichen die Einkünfte des Privaten bzw. die Gewinne des Unternehmens aus dem finanzierten Investment nicht aus, um die Schulden zu tilgen. Sodann ist ein Teil oder das gesamte geborgte Kapital vom Gläubiger als Verlust abzuschreiben. Der Schuldner wird insolvent.

Staatliche Investitionen auf Kredit

Zu Recht wird mit Keynes festgestellt, dass kreditfinanzierte staatliche Investitionen nicht nur auf Basis der Rentabilität des Investitionsobjekts allein beurteilt werden dürfen. Zu den erhofften Gewinnen aus einer Investition kommt der Beschäftigungseffekt: Ein staatliches Großprojekt beschäftigt tausende Menschen über Jahre hinweg. Diese zahlen Steuern, geben ihr verdientes Geld wieder aus und kurbeln so die Wirtschaft an. Reicht der Effekt aus, um die Rückzahlungskraft des Staates zu stärken,

wird er seine Schulden tilgen können.

Das Schaubild links zeigt drei mögliche Szenarien staatlicher Investition. (Eines der Szenarien – das Kaputtsparen – tritt ein, wenn der Staat notwendige und auch rentierliche Investitionen



aus Zögerlichkeit et al. nicht in Angriff nimmt.)

Der geschilderte nützliche Gesamteffekt reicht in Summe. gleichwohl in vielen Fällen nicht aus, um die aufgenommenen Schulden zu tilgen. Diese bleiben gleich oder steigen weiter an. Hierbei entsteht eine Phase scheinbarer Konjunktur, die aber, als Strohfeuer, bald in ihr Gegenteil umschlägt. Für solche Fälle bringen die fortschrittlichen Keynesianer das berühmte Gleichgewichts – Beispiel:

„Die Summe der Schulden entspricht stets der Summe der damit geschaffenen Werte“.

Theoretisch könnte daher das Schuldenmachen ins Unendliche fortgesetzt werden: Die geschaffenen Werte auf der einen Seite der Bilanz stehen den Schulden auf der anderen Seite stets gleichwertig gegenüber.

Der große Trugschluß

- Erstens unterliegt jede Investition, auch eine staatliche, einer Abschreibung, die ihren Wert über der Zeitachse rasch schrumpfen lässt, während die dafür aufgenommene Schuld per Zinslast immer größer wird.
- Zweitens – das ist das besonders Wirksame in dem Spiel – lässt sich eine immer größere werdenden Schuldenlast nicht ewig stabilisieren. Warum das so ist? Weil hinter Schulden in letzter Konsequenz Menschen und Institutionen stehen, die unberechenbar sind und nur allzu leicht nervös werden. Was dann?

Das Mikadospiel



Eine immer größer werdende Schuldenlast wird sich stets auf zunehmend mehr Gläubiger verteilen. Betrachtet man die Segmentierung der Staatsschulden unterschiedlicher Länder, lässt sich dies leicht feststellen.

Dies alles entspricht dem fragilen Gleichgewicht in einem Mikadospiel, das immer einsturzgefährdeter wird,

je höher es sich aufbaut: Schon ein einziges Stäbchen vermag einen Kollaps des gesamten Gebäudes auszulösen.

Bis zu einem gewissen Verschuldungsgrad schlafen die Gläubiger im in - und Ausland ruhig. Übersteigt die Schuldenlast einen gewissen Prozentsatz, werden sie nervös, sichten ihr Portfolio um und verteuern so die Aufnahme neuer Schulden für den betroffenen Staat. (*Schlechteres Rating*). Dadurch steigt die Zinslast, die Schulden steigen schneller. Irgendwann werden die Gläubiger nervös, und/oder einer der Großen wird insolvent. Sodann setzt auf dem Markt eine Nervosität ein, die alles Mögliche auslöst, nur eines nicht: Die Fortsetzung der heiß geliebten Schulden – Investitionsbilanz des betroffenen Schuldnerstaats. Es setzt ein Run ein, dessen Ausgang völlig ungewiss ist und in der Geschichte immer wieder beobachtet werden konnte.

Die Kontinentalisierung von Schulden.

Die vom Finanzmikado bedrohten Staaten der EU setzen, durchaus verständlich, darauf, dass die mit weniger Schulden belasteten nördlichen Staaten aushelfen, um das Schulden - Spiel mit Garantien und weiterer Kreditierung fortzusetzen. Das vermag nur dann zu helfen, wenn sie im Zuge derartiger Rettungsaktionen ihren Haushalt sparsam in Ordnung bringen – genau das, was Extrem- Keynesianer als des Teufels verdammen.

Ist das nicht der Fall, wird die Schuldenlast der EU insgesamt weiter steigen. Später wird man in Brüssel das höchst unangenehme Gefühl verspüren, dass das Mikadospiel auf kontinentaler Ebene angekommen ist.

Insofern gefällt das abfällig gemeinte Gleichnis von der Gebarung einer schwäbischen Hausfrau, die nicht mit jener einer Volkswirtschaft vergleichbar ist:

Der griechischen und italienischen Hausfrau gehts deutlich schlechter als der schwäbischen – und deren jeweiligem Finanzminister ebenfalls.

Anhang

Auszug aus „Die bedrohte Freiheit des Eigentums“ (GRAWE/Woltron 2015)ⁱⁱ

Der Teufelskreis der Wohltaten

Das Sozialsystem einer Volkswirtschaft fasst die über Steuern und Sozialabgaben finanzierten Absicherungen für die Bevölkerung zusammen. Die meisten Komponenten der heutigen Sozialsysteme in Europa wurden bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt. Während der deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhardⁱⁱⁱ noch vermutete, ein Sozialsystem würde mit steigendem Wohlstand einer Gesellschaft mehr und mehr überflüssig werden, zeigte sich in den letzten Jahrzehnten, dass mit sinkender Not der Bedarf – besser Appetit – an einem umfassenden Sozialsystem sogar steigt. Dies ist u.a. das Resultat des Bedürfnisses der Regierenden – aller Regierenden – sich beim Volk durch immer mehr Benefizien beliebt zu machen, zurückzuführen. Daß all dies letztendlich vom Volk selbst wiederum zu bezahlen ist, mit beträchtlicher zeitlicher Verzögerung allerdings, nachdem das erste Wohlbefinden zur Selbstverständlichkeit geworden ist, kann mit Fug und Recht als „Teufelskreis der Wohltaten“ bezeichnet werden.

Die Sicht der Monetaristen^{iv}

Die Anhänger der österreichischen Schule der Nationalökonomie^v sehen die heutzutage fortgeführte Intensivierung des Sozialsystems kritisch: Da zu dessen Aufrechterhaltung Steuern nötig sind, die nach neoklassischer Theorie zu Nettowohlfahrtsverlusten führen, konkurriert ein Sozialsystem mit dem Wohlstand der Allgemeinheit.

ⁱⁱ Die bedrohte Freiheit des Eigentums GRAE 2015 <http://www.woltron.com/blog/die+bedrohte+freiheit+des+eigentums/>

ⁱⁱⁱ Ludwig Wilhelm Erhard (* 4. Februar 1897 in Fürth; † 5. Mai 1977 in Bonn) war ein deutscher Politiker (CDU) von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 zweiter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

^{iv} Monetarismus: Theorie, die in den 1960er- und 1970er-Jahren vor allem von Milton Friedman als Gegenentwurf zum nachfrageorientierten Keynesianismus entwickelt wurde. Dabei greift er bereits in den 1930ern erdachte Theorien einer **angebotsorientierten Wirtschaftspolitik** wieder auf.

Mit einem ausgeprägten Sozialsystem ließe sich somit keine Vollbeschäftigung erreichen. Dennoch scheint ein Sozialsystem nötig, um Kranken, Alten oder Arbeitsunfähigen ein Auskommen zu ermöglichen. Inzwischen versucht man durch eine Beschränkung des Sozialsystems eine Rückkehr zur ursprünglichen Idee zu erreichen und somit einer „Empfängermentalität“ entgegenzuwirken. Dies zeigte sich bereits in den 1980ern durch einen Umbau des Sozialsystems in Großbritannien, später in Schweden und in Ansätzen auch in Deutschland (Hartz IV).

Der Standpunkt der Keynesianer

Die Keynesianer^{vi} hingegen – heutzutage besonders beflügelt von begeisterten Anhängern des Quantitative Easing^{vii} und der nachfrageorientierten Betrachtung des Marktes, wie z.B. des Nobelpreisträgers und Publizisten *Paul Krugman*^{viii}, sehen das Sozialsystem auch als einen anspornenden Faktor der Volkswirtschaft. Erstens als permanente Stütze der privaten Konsumnachfrage, zweitens als Stabilisator in Krisenzeiten und drittens zur Eindämmung von Unsicherheit. Aus keynesianischer Sicht lässt sich empirisch kein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen dem Ausbau des Sozialstaates und Wachstum bzw. Beschäftigung herleiten.

Das süße Gift der staatlichen Fürsorge^{ix}

„Der Weg, der von der Freiheit wegführt, ist mit Steuern gepflastert“

Außer Frage steht die Tatsache, dass jegliche Übertreibung – welchen Systems auch immer – dasselbe zum Zusammenbruch führt. Dies gilt für die Vermehrung einer Tierart ebenso wie für unkontrolliertes Gelddrucken, Verkehrskollaps durch zu viele Fahrzeuge und Paralyse von Stromnetzen durch Überlastung. Demzufolge existiert auch eine Grenze, ab derer eine Weiterentwicklung des Sozialstaats, des Transfers von

^{vi} Keynesianismus: Ein Theoriegebäude, in dem die **gesamtwirtschaftliche Nachfrage** die entscheidende Größe für Produktion und Beschäftigung ist. In diesem Sinne geht der Keynesianismus auf John Maynard Keynes' Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes von 1936 zurück.

^{vii} Quantitative Lockerung, ist eine Geldpolitik der Zentralbanken für außergewöhnliche Umstände, mit der die Geldbasis ausgeweitet wird, um die Realzinsen zu senken. Das Ziel besteht darin, eine Rezession und ggf. eine Deflation zu bekämpfen.

^{viii} Paul Robin Krugman (* 28. Februar 1953 in Albany, New York) ist ein US-amerikanischer Professor für Volkswirtschaftslehre an der Princeton University, Centenary Professor an der London School of Economics, Sachbuchautor und Träger des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften 2008

^{ix} Klaus Peter Krause; <http://www.misesde.org/?p=3772>

Einkommen und des Eingriffs des Staates in die Verteilung von bereits geschaffenen Vermögen beginnt, das System zu destabilisieren.

Der Nanny - State^x

Der englische Ausdruck *Nanny State* wurde vom konservativen britischen Abgeordneten Iain Macleod mitgeprägt. In seiner Kolumne *Quoodle* des *The Spectator*, Ausgabe vom 31. Dezember 1965, schrieb er „*what I like to call the nanny state...*“ Unter dem Begriff „Nanny-State“ versteht man eine Politik, in der der Staat exzessiv seinen Wunsch, zu beschützen, zu regieren oder bestimmte Teile der Gesellschaft zu kontrollieren und andere dabei zu bevorzugen, verfolgt.

Der beschriebene Effekt hat vielerlei Ursachen. Etliche davon wurde bisher ja schon angedeutet und beschrieben. Der Nanny – State profitiert sowohl von treibenden als auch stabilisierenden Kräften. Er wird begünstigt durch die zunehmende Anzahl von Menschen, die in Abhängigkeit von ihren Gläubigern gelangen und ihre Schulden gerne loswerden wollen. Dies versucht man vermittels einer ganzen Reihe von teils höchst fragwürdigen und unseriösen Mechanismen zu erreichen: Zum Ersten vermittels einer immer stärkeren Besteuerung der Einkünfte, Ersparnisse und des Vermögens der Besserverdienenden. Zweitens vermittels einer steigen Aufweichung der Bedingungen von Privatkonkurs – Verfahren. Dazu kommt noch – in besonders umfangreichem und wirksamem Maßstab – die Verdünnung des Geldwerts per Quantitative Easing und damit Abwertung des Wertes der angesparten Vermögen. Die Krone setzt dem Umverteilungs – und Enteignungsvorgang die kontinentale Bailout - Praxis in Europa auf, die vermittels gigantischer Kreditierung von Staaten, die ihre Schulden niemals gänzlich zurückzahlen werden, die Nettozahler als betrogene Gläubiger auf ihren Forderungen sitzen bleiben lässt – damit vor allem wieder Sparer, Pensionsfonds und Versicherungen.

Die Stabilisierung dieser Absichten erfolgt insbesondere durch eine stete Beeinflussung der öffentlichen Meinung insofern, als alle Finanzinstitutionen a priori als verdächtig und korrupt, Vermögende als herzlose Ausbeuter, Besserverdienende als potentielle Steuerhinterzieher und Erben als Schädlinge am arbeitenden Volk verunglimpft werden. Dass man sich dabei zu Recht auf zahlreiche schlechte Beispiele berufen kann, ändert nichts an der Tatsache, dass man damit dem weitaus größten Teil gesetzestreuer, fleißiger und sozial denkender Mitbürger, Steuerzahler und

^x Als staatliche Bevormundung wird bezeichnet, wenn ein Staat mit Verboten bzw. Pflichten, Sanktionen oder sonstigen Erschwernissen das Verhalten seiner Bürger beeinflusst und dabei das Recht mündiger Bürger auf freie Willensentscheidung in unangemessener Weise einschränkt.

unentbehrlicher Finanzinstitutionen bitter Unrecht tut.

Währungsreform als letztes Mittel^{xi}

„Wenn die Staatsverschuldung die Höhe des Bruttoinlandsprodukts übersteigt, die Zinslasten für die aufgenommenen Staatsschulden die übrigen Staatsausgaben spürbar einengen, die Leistungsbilanz negativ wird, dann können entweder Wirtschaftswachstum, die Senkung der Staatsausgaben, Steuererhöhungen, Verkauf von Staatsvermögen, der Schuldenschnitt bei den Staatsanleihen oder Inflation Entlastung bringen.“

Wenn auch diese Mittel nicht mehr wirken, bleibt nur mehr die Währungsreform. Durch diese werden die Umrechnungskurse für Bargeld, Bankguthaben und Verbindlichkeiten gesetzlich neu festgelegt und die Positionen von Schuldner und Gläubiger – immer zuungunsten der Gläubiger – massiv verschoben.

„Der Erfolg einer Währungsreform hängt wesentlich davon ab, dass Zeitpunkt und Einzelmaßnahmen geheim gehalten werden; idealerweise fände sie überraschend statt. Sonst drohen Ausweichbewegungen der Informierten bzw. richtig Spekulierenden in andere Länder („Kapitalflucht“) in stabilere Währungen und/oder in Sachwerte“.

Betrachtet man die Lage einiger südeuropäischer Staaten, so könnten diese nicht mehr allzu weit von einem solchen Schritt entfernt sein. Was ihnen derzeit dabei hilft, das verbindliche Eingeständnis der bereits eingetretenen Pleite („Offenbarungseid“) zu vermeiden, ist die solidarische Haftung aller Europäer – ein Umstand, der paradoxer Weise vermittels der sogenannten Bailout – Klauseln in den Verträgen von Maastricht^{xii} ausdrücklich ausgeschlossen worden war. Es hilft im Moment, so bizarr dies auch klingen mag, nur mehr der eingestandene Vertragsbruch.

^{xi} <http://goo.gl/kVrYMR>

^{xii} <http://goo.gl/8zDLYl>